

# **Beschlussbuch**

**Juso-Unterbezirkskonferenz  
Passau am 22.01.2023**

# **Geschäftsordnung**

1. Die Konferenz wird von den Vorsitzenden geleitet. Sollte der Vorsitz während der Konferenz wechseln, haben nach der Wahl die neuen Vorsitzenden die Konferenzleitung inne.
2. Die Konferenz ist beschlussfähig, wenn form- und fristgerecht geladen wurde. Die Beschlussfähigkeit wird vom Vorstand nur auf Antrag geprüft.
3. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst, Stimmgleichheit gilt als Ablehnung. Übersteigt die Zahl der Enthaltungen die Zahl der Ja-Stimmen, so gilt der Antrag ebenfalls als abgelehnt.
4. Bei den Wahlen gilt die Wahlordnung der SPD. Ergänzend finden die Quotierungsvorschriften der Richtlinien der Jusos Anwendung.
5. Alle im Unterbezirk gemeldeten Juso-Mitglieder haben Stimm-, Antrags- und Rederecht. Geladene Gäste haben Rederecht.
6. Das Wort wird in der Reihenfolge der Wortmeldungen in Form der quotierten Redeliste erteilt. Die Redezeit beträgt 5 Minuten.
7. Anträge zur Geschäftsordnung unterbrechen die Redeliste. Sie werden abgestimmt, wenn eine\*r dafür- und eine\*r dagegen gesprochen hat. Unterbleibt die Gegenrede, so gilt der Antrag als angenommen.
8. Initiativanträge aus aktuellem Anlass können beim Vorstand eingereicht werden. Sie bedürfen der Unterstützung von mindestens 10 Mitgliedern.
9. Änderungsanträge im Rahmen der Antragsberatung können von allen Antragsberechtigten schriftlich beim Vorstand eingereicht werden.

# Inhaltsverzeichnis

<b>D:Demokratie, Innen- und Sicherheitspolitik</b>	Seite
D-1: Angleichung unserer Beschlusslage zum Verfassungsschutz <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	1
<b>F:Feminismus und Gleichstellung</b>	
F-1: Reale Versorgungslage für ungewollt Schwangere anerkennen und Missstand beheben <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	3
F-2: Solidarität mit Betroffenen von übergriffigem Verhalten <i>angenommen</i>	8
<b>I: Internationales</b>	
I-1: Solidarität mit der feministischen Revolution im Iran <i>angenommen</i>	10
<b>K: Kampf gegen Rechts</b>	
K-1: Autoritäre Antidemokrat*innen entschieden bekämpfen - Zum Umgang mit der AfD <i>angenommen</i>	20

## **D: Demokratie, Innen- und Sicherheitspolitik**

### **D-01: Angleichung unserer Beschlusslage zum Verfassungsschutz**

**Adressat\*innen:** Juso-Unterbezirkskonferenz, Juso-Bezirkskonferenz

**Antragssteller\*in:** Veronika Kowitz, Simon Uhl

1 Der Verfassungsschutz hat aufgrund seiner Verstrickung in eine Vielzahl von  
2 Skandalen keine Existenzberechtigung als Schutzsystem unserer Demokratie und  
3 sollte daher abgeschafft werden. Einer unserer zentralen Kritikpunkte ist dabei,  
4 dass der Verfassungsschutz nicht in der Lage ist, gegen rechte Strukturen in  
5 Deutschland anzukämpfen, sondern diesen Kampf sogar noch behindert. Selbst  
6 in seinen eigenen Jahresberichten setzt das Amt dabei die Bezeichnung  
7 „Frühwarnsystem“ in Anführungsstriche, als wäre den Mitarbeiter\*innen die  
8 Ironie bewusst.

9 Eine reine Reform des Inlandsgeheimdienstes „Verfassungsschutz“ erachten wir  
10 als unrealistisch, da die seit Bestehen der Bundesrepublik gewachsenen  
11 Strukturen mehrfach bewiesen haben, dass sie zu Veränderungen nicht bereit  
12 sind. Dass eine Person, wie Hans-Georg Maasen über Jahre hinweg für den  
13 sogenannten Schutz dieser Demokratie verantwortlich war und es auch keiner  
14 Person im Verfassungsschutz aufgefallen ist, was für ein Hetzer und  
15 Antidemokrat in hoher Position steht, zeigt die Unreformierbarkeit des  
16 bestehenden. Deshalb halten wir es für notwendig ein gänzlich neues System an  
17 seiner statt aufzubauen.

18 Wir fordern die Abschaffung des Verfassungsschutz, insbesondere des  
19 bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz.

20 Es braucht stattdessen eine Institution, welche der Gefährdungen der  
21 Demokratie effektiv, auf antifaschistischer und wissenschaftlicher Basis unter  
22 Auswertung öffentlicher Quellen entgegenwirkt. Die Hufeisen- und  
23 Extremismustheorie als Arbeitsgrundlage schaffen wir unverzüglich ab. Wir  
24 beenden die Kriminalisierung linker und klimaaktivistischer Gruppen und ihre  
25 Gleichsetzung mit rechtsradikalem Gedankengut.

26 Daher fordern wir die derzeitige Beschlusslage der Jusos Passau und der Jusos  
27 Niederbayern entsprechend zu ändern und schließen uns der Beschlusslage der  
28 Landeskonferenz der Jusos Bayern im Jahr 2013 und des Juso-Bundeskongresses  
29 2019 an.

## F: Feminismus und Gleichstellung

### **F-1: Reale Versorgungslage für ungewollt Schwangere anerkennen und Missstand beheben**

**Adressat\*innen:** Juso-Unterbezirkskonferenz, Juso-Bezirkskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag

**Antragssteller:** Simon Uhl

1 Sowohl die SPD als auch unser Verband haben immer wieder das Recht auf die  
2 sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung der Menschen erkannt und  
3 formuliert. Die Selbstbestimmung über den eigenen Körper schließt dabei ein, im  
4 Fall einer ungewollten Schwangerschaft einen Schwangerschaftsabbruch  
5 vornehmen zu können. Aber um das Selbstbestimmungsrecht wahrnehmen zu  
6 können, muss auch die entsprechende Grundlage in der Realität der Menschen  
7 dafür vorhanden sein. Im gesamten Bezirk Niederbayern gibt es dabei heute  
8 noch gerade einmal eine Ärztin, welche alle zwei Wochen Termine für  
9 Schwangerschaftsabbrüche nach der Beratungsregel anbietet. Gerade unter  
10 Einbezug der Tatsache, dass Schwangerschaftsabbrüche im Rahmen der  
11 Fristenlösung mit Beratungspflicht nach §218a Abs.1 StGB unter zeitlichen Druck  
12 stehen, müssen ausreichend Möglichkeiten bestehen, um diesen Eingriff im  
13 straffreien Zeitrahmen auch wirklich vorzunehmen zu können. In Anbetracht  
14 dessen stellt eine Ärztin in Passau keine ausreichende Versorgungslage dar.

15 Als Jusos Passau erkennen wir die reale Versorgungslage in Passau, dem Umland  
16 und Niederbayern an und kämpfen auf allen Ebenen für eine Behebung dieses  
17 Missstandes. Es kann zwar nicht davon ausgegangen werden, dass überall eine  
18 identische Versorgungslage erreicht wird, jedoch muss überall eine gute  
19 Versorgungslage bestehen. Städte und Ballungsräume haben andere  
20 Möglichkeiten und Fähigkeiten, aber auch andere Anforderungen als ländliche

21 Gebiete. Unser Ziel ist dabei eine letztlich flächendeckende Versorgungslage für  
22 alle. Die Bundesgesetzgebung sieht nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz  
23 (SchKG) unter § 13 Abs.2 SchKG die Länder in der Verantwortung, ein  
24 ausreichendes Angebot ambulanter und stationärer Einrichtungen zur  
25 Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen sicher zu stellen, also die  
26 Landesregierung. Doch wer sich auf die CSU verlässt, der ist verlassen, gerade  
27 wenn es um Selbstbestimmungsrechte geht. Statt weiter Jahrzehnte auf die CSU  
28 zu warten, wollen wir eine solidarische Gesundheitsversorgung, die nicht einfach  
29 an einer Linie auf einer Karte aufhört, sondern in der Verantwortung für die  
30 Menschen selbstverständlich übernommen wird. Solidarität unterteilt nicht in die  
31 richtigen oder falschen Landkreise und schiebt Handlungsverantwortung nicht  
32 auf andere ab, wenn eigene Optionen bestehen.

33 Zentrales Kriterium für eine gute Versorgungslage ist, dass jede ungewollt  
34 Schwangere in der begrenzten Zeit, welche ihr die momentan noch geltende  
35 Gesetzeslage aufzwingt, ohne einen absurden Zeit- und Kostenaufwand einen  
36 Termin erhält. Im Gegensatz zu einer guten Versorgungslage müssen in der  
37 momentanen Lage die ungewollt Schwangeren häufig nach München oder  
38 Nürnberg fahren oder außerhalb Bayerns versuchen rechtzeitig einen Termin zu  
39 erhalten, was regelmäßig auch Berlin bedeutet. Dabei ist der zeitliche Aufwand  
40 nur eine Komponente, die offenkundig jede\*r kennt, der schon einmal von  
41 Niederbayern nach München oder Nürnberg gefahren ist, von Strecken in  
42 andere Bundesländer ganz zu schweigen. Selbst für Personen mit Auto stellen  
43 diese Strecken Hindernisse da, besonders wenn Personen nach dem  
44 medizinischen Eingriff auf sich alleine gestellt sind. Wer gezwungen ist, sie mit  
45 öffentlichen Verkehrsmitteln zurück zu legen, erfährt schnell, was 16 Jahre CSU-  
46 geführtes Verkehrsministerium bedeuten. Auf der Strecke München - Passau  
47 braucht der Zug nach wie vor je über zwei Stunden. Bonusminuten oder -

48 stunden gibt es für jede Person, die erst noch zum nächsten Bahnhof kommen  
49 muss. Ein Problem was in Niederbayern durchaus real und relevant ist.

50 Gerade heute spielt dabei auch der finanzielle Aufwand eine immer größere  
51 Rolle. In einer Zeit der Kostensteigerungen wird die Abhängigkeit eines  
52 möglichen Schwangerschaftsabbruchs noch stärker mit dem persönlichen  
53 Geldbeutel verknüpft. Treibstoff und Ticketpreise steigen, irgendwie muss die  
54 ungewollt Schwangere zum Gespräch mit einer staatlich anerkannten  
55 Beratungsstelle und dann zur Praxis kommen. All das kosten Zeit, Geld und  
56 Nerven einer Person, die ohnehin schon in einer Situation ist, in der sie nicht sein  
57 will. Für uns ist also eindeutig, dass die hier angesprochene Versorgungslage für  
58 Niederbayern und Passau sich durch absurden und unzumutbaren Aufwand für  
59 ungewollt Schwangere auszeichnet, die einen Abbruch vornehmen lassen wollen.

60 Zur Verbesserung der Situation gibt es logischerweise Zwischenschritte, die Stück  
61 für Stück zu einer besseren Versorgungslage führen. Eine fundamentale  
62 Vorbedingung für eine Verbesserung der Versorgungslage für ungewollt  
63 Schwangere, die einen Schwangerschaftsabbruch wollen, ist zuvorderst die  
64 Anerkennung der schlechten Versorgungslage, auf deren Basis Handlungen  
65 folgen, um die Situation zu ändern. Schwangerschaftsabbrüche sind auch heute  
66 noch ein gesellschaftliches Tabuthema, welches einer starken Stigmatisierung  
67 unterliegt. Ein Totschweigen der Lage ist dabei weder eine angemessene  
68 Reaktion auf den Wunsch nach reproduktiver Selbstbestimmung noch eine  
69 Lösung für die trotzdem ungewollt Schwangeren. Denn nur weil keine\*r über  
70 Schwangerschaftsabbrüche redet, gibt es nicht auf einmal nur noch gewollt  
71 Schwangere. Gesellschaftliche Stigmatisierung und Tabu müssen durchbrochen  
72 werden, um zu einer ehrlichen und sachlichen Debatte über die Sicherstellung  
73 von grundlegenden medizinischen Eingriffen sprechen zu können.

74 Bei der Verbesserung der Versorgungslage sind natürlich auch Praxen von  
75 Gynäkolog\*innen, die sich ansiedeln und Termine für Schwangerschafts-  
76 abbrüche anbieten, notwendiger Teil der besseren Versorgung. Das Schaffen von  
77 Anreizen für Gynäkolog\*innen mit der entsprechenden Ausbildung nach  
78 Niederbayern zu kommen oder hier zu bleiben und das Erreichen eines Klimas,  
79 in dem die praktizierende Ärzt\*innen, sowie auch ungewollt Schwangere und  
80 Beratungsstellen, möglichst wenig Hindernissen und Anfeindungen ausgesetzt  
81 sind, ist hierfür dringend notwendig. Sich aber alleine darauf zu verlassen, dass  
82 magische Kräfte oder unsichtbare Hände in freier Wildbahn die  
83 Gesundheitsfürsorge sichern, ist ein Irrglaube, der getrost Libertären überlassen  
84 werden kann. Deshalb ist die zentrale Antwort für die zuverlässige und sicher  
85 umsetzbare Verbesserung der Situation von ungewollt Schwangeren, dass an  
86 Gesundheitseinrichtungen unter staatlicher Trägerschaft darauf hingewirkt wird,  
87 Ärzt\*innen mit der Fähigkeit Schwangerschaftsabbrüche nach der  
88 Beratungsregel dort einzustellen. Dies meint vor allem kommunale  
89 Krankenhäuser, welche dann einen Teil der Grundversorgung übernehmen  
90 würden.

91 Deshalb steht für uns fest:

- 92 • Das Recht auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung und den  
93 Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen erfordert in direkter Folge eine  
94 Versorgungslage, die ausreicht, um dieses Recht wahrzunehmen;
- 95 • Die Versorgungslage ist dabei in ganz Bayern, speziell in Niederbayern und  
96 Passau unzureichend;
- 97 • Wir drücken uns nicht vor Verantwortung, sondern nehmen sie an und  
98 versuchen auf den uns zur Verfügung stehenden Ebenen diesem  
99 Missstand der Versorgungslage ein Ende zu setzen;

- 100 • Voraussetzung dafür ist das Durchbrechen der Tabuisierung von  
101 Schwangerschaftsabbrüchen und Stigmatisierung von ungewollt  
102 Schwangeren;
- 103 • Dabei spielen gerade Gesundheitseinrichtungen unter kommunaler  
104 Trägerschaft die zentrale Rolle, da diese am ehesten die notwendige  
105 Grundversorgung sichern können;
- 106 • Deshalb setzen sich die Jusos, unsere Partei und unsere  
107 Mandatsträger\*innen dafür ein, dass in Krankenhäusern in kommunaler  
108 Trägerschaft gezielt Ärzt\*innen mit Ausbildung zur Durchführung von  
109 Schwangerschaftsabbrüchen nach der Beratungsregelung angestellt  
110 werden.

## **F: Feminismus und Gleichstellung**

### **F-2: Solidarität mit Betroffenen von übergriffigem Verhalten**

**Adressat\*innen:** Juso-Bezirkskonferenz

**Antragssteller:** Veronika Kowitz

1 Wir Jusos Passau sind ein feministischer Richtungsverband. Das heißt, wir  
2 arbeiten sowohl im Verband als auch in unserer Partei daran, die Strukturen so  
3 zu gestalten, dass sich alle unsere Mitglieder wohlfühlen und sie keine Angst vor  
4 Diskriminierung oder anderem übergriffigem Handeln haben müssen.  
5 Täterschützendes Verhalten, auch durch Nichtstun und Wegsehen, ist für uns  
6 deshalb inakzeptabel und kann nicht geduldet werden. Aus dieser  
7 Grundüberzeugung heraus lässt sich für uns die klare Prämisse ableiten, dass  
8 der Schutz unserer Mitglieder immer und bedingungslos an erster Stelle steht,  
9 denn wir wissen, auch bei den Jusos und in der SPD kommt es zu übergriffigem  
10 Verhalten. Es geht bei patriarchalen Strukturen immer um ein  
11 gesamtgesellschaftliches Problem, das wir auch in der Partei haben. Es ist kein  
12 Randphänomen, welches wir uns ausdenken. Es ist vielmehr ein ernst zu  
13 nehmendes Problem, das den Alltag von vielen Personen bestimmt. Das zeigt  
14 auch die Studie des Instituts Allensbach für die Europäische Akademie für Frauen  
15 in Politik und Wirtschaft (EAF Berlin) für die mehr als 500 Politikerinnen befragt  
16 wurden. 40 Prozent der Politikerinnen und sogar 60 Prozent der Frauen unter 45  
17 Jahren gaben an, im Rahmen ihrer politischen Tätigkeit durch sexistische  
18 Sprüche oder unangemessene Berührungen sexuell belästigt worden zu sein.  
19 Die Autor\*innen der Studie kamen zu dem Schluss: „Sexuelle Belästigung ist in  
20 der Politik, wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen auch, ein verbreitetes  
21 Phänomen“.

22 Sexistisches Verhalten ist Teil von patriarchalen Strukturen. Dabei verstehen wir  
23 Sexismus als eine Art des Übergriffs, der nicht nur körperlicher Natur sein kann.  
24 Auch verbale Übergriffe sind Teil von sexistischen Mustern. Dies fängt bei  
25 anzüglichen Kommentaren an und geht bis zu Aufforderungen, welche sich  
26 durch Machtstrukturen verstärken. Wichtig sind dabei immer der Kontext und  
27 die persönlichen Grenzen der Betroffenen. Gerade im politischen Kontext ist es  
28 wichtig zu erkennen, dass die Reduzierung auf das Äußere oder eine  
29 "Verniedlichung" und Relativierung von Erfolgen von Genossinnen: weiter zu  
30 einer strukturelle Diskriminierung von FLINTA\*-Person führt. Wir wollen eben  
31 jene Strukturen aufbrechen. Neben der strukturellen Aufgabe von Awareness  
32 haben wir selbst den Anspruch, uns gegenseitig zu helfen, wenn gesellschaftliche  
33 Unterdrückungsmechanismen sich in unser Verhalten einschleichen. Ziel ist es,  
34 einen zugänglichen Ort für alle zu schaffen. Darüber hinaus wollen wir auch  
35 Awarenessstrukturen in der gesamten Partei aufbauen. Wir setzen uns auf allen  
36 Ebenen dafür ein, eine sichere Atmosphäre nicht nur für Jusos, sondern für alle  
37 Genoss:innen zu schaffen.

38 Für uns ist deshalb klar:

39 Den Betroffenen gilt unser größtes Interesse. Wir stehen immer bedingungslos  
40 an der Seite der Betroffenen. Täter Schützen heißt Probleme bekommen, vor  
41 allem von uns! Wir werden weiter kämpfen und übergriffiges Verhalten nicht  
42 tolerieren.

**I: Internationales**

## **I-1: Praktische Solidarität mit der feministischen Revolution im Iran**

**Adressat\*innen:** Juso-Bezirkskonferenz

**Antragsteller:** Simon Uhl

1 Seit Monaten kämpft die Bevölkerung im Iran gegen das islamistisch-  
2 faschistische Mullah-Regime und seine menschenverachtende Unterdrückung. In  
3 den blutigen Protesten spielen seit Beginn besonders FLINTA\* eine zentrale  
4 Rolle, welche gegen die Terrordiktatur und ihre Scherg\*innen auf die Straße  
5 gingen. Die mutigen Protestierenden im Iran durchbrechen die eindimensionale  
6 patriarchale Logik des Islamischen Regimes, indem sie die Ketten ihrer  
7 Unterwerfung zerschlagen. Angetrieben wird dieser Protest vor allem von FINTA:  
8 auf den Straßen im Iran ebenso wie im Ausland und im Internet. FLINTA\*, die  
9 sich der Polizei entgegenstellen, FLINTA\*, die ihre Kopftücher abwerfen, FLINTA\*,  
10 die sich als Zeichen des Protests die Haare abschneiden. Es ist ein feministischer  
11 Kampf gegen ein Regime, dessen Herrschaft auf der Unterdrückung von FLINTA\*  
12 fußt.

13 Dabei sind die Proteste längst nicht mehr nur auf einzelne gesellschaftliche  
14 Gruppen oder einzelne Städte beschränkt, sondern schon seit langer Zeit durch  
15 weite Teile der iranischen Bevölkerung getragen. Gerade marginalisierte oder  
16 ethnisch unterdrückte Gruppen treten dabei wieder und wieder in Erscheinung.  
17 Die kurdische Parole „Jin, Jiyan, Azadi“ - Frauen, Leben, Freiheit - ist zum weltweit  
18 bekannten Schlachtruf der Revolution geworden, welcher sich von allen  
19 westlichen Politiker\*innen nur zu gerne angeeignet wird, um dann im selben  
20 Atemzug dem Konglomerat aus Türkei und Daesh Honig um den Mund zu  
21 schmieren, während Jesid\*innen und Kurd\*innen in Nordsyrien und dem Irak

22 angegriffen werden. Unterdrückung und Vernichtung der Kurd\*innen sind dabei  
23 nicht nur Ziel des türkischen Faschismus, auch im Iran richtet sich besonders viel  
24 Hass und Gewalt der staatlichen Gewalt auf Kurd\*innen.

25 Der iranische Staat verteidigt sich mit allen Unterdrückungsformen. Die Barbarei,  
26 die dabei gegenüber einfachen Protestierenden an den Tag gelegt wird, kennt  
27 keine Grenzen. Systematische Folter und schwerste Misshandlungen,  
28 Amputationen als "Strafe", das systematische Einsetzen von sexualisierter Gewalt  
29 und Massenvergewaltigung mit Todesfolgen, der Einsatz von Kriegswaffen gegen  
30 Protestierende, Ermordungen auf offener Straße, in Häusern und Hinrichtungen  
31 nach Schauprozessen. All das wird als angemessen angesehen und von den  
32 Terrorscherg\*innen umgesetzt. Dabei sind die Unterdrückung, besonders von  
33 FLINTA\*s, sowie die internationale Unterstützung islamistischer  
34 Gewaltorganisationen und Vernichtungsantisemitismus gegenüber Jüd\*innen  
35 und Israels schon lange zentral für die Existenz der Islamische Republik Iran.

36 Auch 1979 waren die Straßen im Iran voll mit Demonstrant\*innen. Damals  
37 richteten sich die Massenproteste gegen den iranischen Schah, Mohammad Reza  
38 Pahlavi, der sich mit nationalistischer Symbolik zu legitimieren versuchte und  
39 mithilfe des Geheimdienstes SAVAK als Despot herrschte. Offiziell verfolgte der  
40 Schah das Ziel der Gleichberechtigung der Geschlechter. So erhielten FLINTA\*  
41 1962 das aktive und passive Wahlrecht, 1967 wurde die Scheidung seitens der  
42 Frau erleichtert. Den privaten Freiheiten zum Trotz, die es im Iran vor 1979 gab,  
43 waren politische Partizipation und eine demokratische Opposition nicht möglich.  
44 Gleichzeitig herrschte eine enorme soziale Ungleichheit, während die  
45 Herrscherfamilie einen luxuriösen Lebensstil pflegte. Die Proteste gegen den  
46 Schah umfassten daher unterschiedlichste Gruppen: religiöse, liberal-bürgerliche  
47 ebenso wie linke bis kommunistische Gruppen. Ruhollah Chomeini inszenierte  
48 sich bewusst als Integrationsfigur, betonte die Gleichberechtigung der

49 Geschlechter und sprach sich für demokratische Freiheiten aus. Sein Ziel, einen  
50 Gottesstaat zu errichten, verkündete er erst später. Dabei profitierten Chomeini  
51 und seine Anhänger\*innen davon, dass die Geistlichkeit als einzige auch in der  
52 Schah-Zeit über eine gemeinsame Organisation und über die besten  
53 Informationsnetzwerke verfügte. Von Gleichberechtigung und Demokratie blieb  
54 nach der sogenannten "Islamischen Revolution" nichts übrig: Eine Herrschaft der  
55 islamischen Rechtsgelehrten wurde errichtet, de facto konservativer bis  
56 fundamentalistischer, alter Männer, an deren Spitze ein religiöser und zugleich  
57 politischer Führer steht. Seitdem ist das Strafrecht nach der Scharia ausgerichtet,  
58 FLINTA\* werden gezwungen, das Kopftuch zu tragen, Alkohol ist verboten. Ein  
59 zwölfköpfiger Wächterrat entscheidet darüber, ob die Beschlüsse des Parlaments  
60 zugelassen werden sowie wer für politische Ämter wie das des Präsidenten  
61 kandidieren darf. Die Möglichkeit der Wahl besteht für iranische  
62 Staatsbürger\*innen also nur innerhalb eines engen Korridors, der dieser  
63 fundamentalistischen Auslegung des Islam zu folgen hat. Wie eng dieser Korridor  
64 ist, zeigt sich auch in der Bewertung des ehemaligen Präsidenten Hassan Rohani:  
65 Der wurde im Ausland schon deshalb als Reformler begrüßt, weil er sich für  
66 Verhandlungen im Atom-Streit einsetzte. Das Unterdrückungssystem der  
67 Islamischen Republik stellte er nie prinzipiell in Frage. Doch selbst dieser  
68 Spielraum wurde dem obersten Führer Chamenei offenbar zu viel: Lediglich  
69 sieben Kandidaturen wurden für die Präsidentschaftswahl 2021 zugelassen, die  
70 meisten davon ultrakonservative Hardliner. Mit Ebrahim Raissi gewann einer  
71 dieser Hardliner die Wahl. Damit ist ein Mann Präsident des Iran, der in den  
72 1980er Jahren für Massenhinrichtungen verantwortlich war und 2009 Menschen  
73 verfolgte, die auf Vergewaltigungen in iranischen Gefängnissen aufmerksam  
74 gemacht hatten.

75 Die große Mehrheit der Iraner\*innen leidet unter Armut und Perspektivlosigkeit.  
76 Viele Angehörige der Mittelschicht haben in den letzten Jahren erheblich

77 Wohlstandseinbußen erlitten. Viele Menschen im Iran halten sich und ihre  
78 Familien mit mehreren Jobs nebeneinander über Wasser. Die jungen Menschen  
79 haben eher Reform-orientierte Regierungen ebenso wie Hardliner-Regierungen  
80 erlebt und feststellen müssen, dass sich an ihrer Lage im Wesentlichen nichts  
81 ändert. Dass die Islamische Republik nicht reformierbar ist. Doch selbst in dieser  
82 prekären wirtschaftlichen Lage gibt es Gruppen, die profitieren und zum Teil  
83 enorme Vermögen anhäufen können. Die Angehörigen der Basidsch-Milizen, die  
84 aktuell zur Niederschlagung der Proteste eingesetzt werden, genießen als Teil  
85 des Repressionsapparats eine vergleichbar stabile finanzielle Lage. Insbesondere  
86 aber die Sepâh, die Iranische Revolutionsgarde, stellt die Brücke zwischen  
87 Gewaltherrschaft und wirtschaftlicher Bereicherung dar. Ihre Kernaufgabe ist es,  
88 gegen jede politische Opposition vorzugehen. Ehemalige Kommandeure der  
89 Revolutionsgarde besetzen zahlreiche Schlüsselpositionen in der iranischen  
90 Politik und Wirtschaft, organisieren zudem die illegalen Außenhandels-  
91 beziehungen, um die internationalen Sanktionen zu umgehen und werden  
92 immer wieder mit Korruption im großen Stil in Verbindung gebracht. Zugleich ist  
93 die Sepâh der größte Unternehmer des Landes, hat von Privatisierungen  
94 ehemaliger Staatskonzerne profitiert und genießt Steuer- und Zollfreiheit. Zu den  
95 Wirtschaftsbereichen, in denen die Revolutionsgarde aktiv ist, zählen auch das  
96 Ölgeschäft sowie Häfen und Flughäfen. Auch auf die Medien nimmt die  
97 Revolutionsgarde Einfluss. Die Mitglieder der Revolutionsgarde sind mit der  
98 Islamischen Republik vermögend und einflussreich geworden, sie sind die  
99 zentrale Stütze des Regimes. Auch wenn die am 17.10.2022 beschlossenen EU-  
100 Sanktionen eine Untergruppe der Revolutionsgarde, die Basidsch-Milizen, sowie  
101 die sogenannte Sittenpolizei in den Blick nehmen, sparen sie doch die wirklich  
102 mächtige Organisation hinter der Diktatur aus. Die internationalen Sanktionen  
103 müssen endlich gegen die politische und wirtschaftliche Elite des Landes  
104 ausgerichtet werden und dazu zählt zweifellos die Revolutionsgarde. Gleichzeitig

105 ist die Revolutionsgarde, vor allem die Al-Quds- Brigaden, der wichtigste Akteur  
106 in der aggressiven, destabilisierenden Außenpolitik Irans. Die USA stufen die  
107 Revolutionsgarde bereits als Terrororganisation ein. Die EU muss dieser  
108 Einschätzung endlich folgen. Solange die Angehörigen dieser Organisation von  
109 der Diktatur profitieren, werden sie die Diktatur stützen.

110 Am 3. Januar 2020 wurde Qasem Soleimani durch das US-Militär in Bagdad  
111 getötet. Der Iran antwortete mit martialischen Drohungen und Attacken auf US-  
112 amerikanische Militärbasen und mit dem unbeabsichtigten Abschuss eines  
113 Passagierflugzeugs. Das irakische Parlament forderte den Abzug der  
114 amerikanischen Truppen aus dem Irak, was den iranischen Einfluss weiter  
115 stärken würde. Und auch in Deutschland herrschte vielerorts die Deutung vor,  
116 die USA seien für die neuerliche Eskalation im Konflikt mit dem Iran  
117 verantwortlich. Dabei kamen Krieg und Eskalation in der Region nicht erst mit  
118 dem Tod Soleimanis. Im Gegenteil: Soleimani war einer der  
119 Hauptverantwortlichen für das Sterben im Nahen Osten und an seiner Person  
120 lässt sich beispielhaft beschreiben, wie der Iran den Krieg in seinen  
121 Nachbarländern nicht nur vorangetrieben, sondern auch immer weiter entgrenzt  
122 hat. Qasem Soleimani war bis zu seinem Tod Kommandeur der Al-Quds-  
123 Brigaden und damit direkt dem iranischen Revolutionsführer und  
124 Staatsoberhaupt Ali Chamenei unterstellt. Er wurde als zweitmächtigster Mann  
125 des Irans gehandelt. Seine Brigaden, ein Teil der Iranischen Revolutionsgarde,  
126 dienen offiziell dem Export der Iranischen Revolution in der Region und bilden  
127 eine Spezialeinheit für extraterritoriale Aktionen. Ganz konkret heißt das, dass  
128 die Quds-Einheiten pro-iranische Milizen unter anderem in Syrien, im Irak, im  
129 Libanon, im Gazastreifen (Teile der Hamas und Islamischer Dschihad) und im  
130 Jemen mit Ausbildung, Waffen und Finanzierung unterstützen. Faktisch war  
131 Qasem Soleimani der Kommandeur eines ganzen Netzwerks aus iranischen  
132 Terroragenten im Ausland. Diese Stärkung und Steuerung von Milizen trägt zur

133 Destabilisierung der Region bei und verhindert beispielsweise im Irak die  
134 Wiedererrichtung eines staatlichen Gewaltmonopols. Qasem Soleimani als  
135 Architekten des Terrors zu bezeichnen, ist keine propagandistische Deutung:  
136 Angriffe auf amerikanische Militärbasen, auf die US- Botschaft in Bagdad und auf  
137 Israel legen Zeugnis vom Terror ab, den das iranischen Expansionsstreben  
138 erzeugt. Der Iran will durch nicht-staatliche Milizen seine Nachbarländer  
139 unterwandern und eine Vormachtstellung in der Region erringen. Soleimani war  
140 der Kopf hinter dieser Strategie. Dabei werden die klassischen Regeln der  
141 Kriegsführung vom Iran ausgehebelt, der über nicht-staatliche Milizen nicht-  
142 staatliche Kriege führt. Von einem Iran, der seine Milizen zum Sturm auf die US-  
143 Botschaft aufhetzt und der unter dem fadenscheinigen Deckmantel verbündeter  
144 Terrororganisationen Israel beschießt. Von einem Iran, der als bewusste  
145 Strategie die Grenze zwischen Krieg und Frieden verwischt. Diese Strategie  
146 wurde von Qasem Soleimani perfektioniert. Eine Glaubwürdigkeit des  
147 Völkerrechts im Nahen Osten kann nur erreicht werden, wenn die verdeckte  
148 Kriegsführung des Irans und weiterer Staaten endet.

149 Statt jedoch das vom iranischen Hegemoniestreben verursachte Leid in den  
150 Fokus zu rücken, bedienten sich viele Medien in Deutschland eines etablierten  
151 Orientalismus: Die sogenannte „schiitische Welt“ trauerte um Soleimani. Es  
152 wurden Aufnahmen von Menschenmengen im Iran und Irak gezeigt, die „Tod  
153 Amerika“ und „Tod Israel“ forderten. Vergessen wurden die vielen tausend  
154 Menschen, die im Irak gegen den Einfluss des Iran und für die Souveränität ihres  
155 Staates demonstriert hatten (unabhängig von ihrer Konfession). Vergessen  
156 wurden auch die Demonstrant\*innen im Iran, die damals (2019/20) ebenfalls  
157 gegen ein korruptes, islamistisches Regime und katastrophale  
158 Lebensbedingungen demonstriert hatten. Vor allem wurde vergessen, dass diese  
159 vielen Menschen unter Gefährdung ihres Lebens demonstriert hatten: Iranische  
160 Sicherheitskräfte und vom Iran gesteuerte Milizen im Irak töteten hunderte

161 Demonstrant\*innen, tausende wurden verletzt und verhaftet. Das iranische  
162 Regime tötet nicht nur innerhalb der eigenen Landesgrenzen. Die aggressive  
163 Außenpolitik des Iran muss als solche benannt und vor allem die darunter  
164 leidenden Zivilist\*innen in den Fokus gerückt werden.

165 Die gewalttätige Politik des iranischen Regimes macht sich nicht ausschließlich in  
166 unmittelbaren Nachbarländern des Iran bemerkbar. Der russische Präsident  
167 Putin, ein Verbündeter des iranischen Regimes, wird in seinem  
168 völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine vom Iran unterstützt. Das  
169 russische Militär setzte bei den Angriffen auf die Zivilbevölkerung in Kyiv im  
170 Oktober 2022 iranische Kamikaze-Drohnen ein. Zudem bezieht Russland  
171 Kurzstreckenraketen vom Iran, mit denen ukrainische Städte beschossen werden  
172 können und füllt damit sein Raketenarsenal wieder auf. Hier steht eine Diktatur  
173 der anderen bei. Fest etabliert im Kanon der iranischen Propaganda ist  
174 außerdem der Al-Quds-Tag, der erstmals vom Revolutionsführer Chomeini  
175 ausgerufen wurde und seitdem in zahlreichen Ländern als Bühne für Hass gegen  
176 Israel und die USA dient. Das iranische Regime ist ein weltweiter Förderer für  
177 Antisemitismus - auch in Deutschland. Nicht ohne Grund schließen sich auch  
178 immer wieder Neonazis den Al-Quds-Märschen in Deutschland an. Der Iran  
179 verfolgt nach wie vor das Ziel, Israel auszulöschen und bettet diesen  
180 Antizionismus seit 1979 in eine Rhetorik des vermeintlich antiimperialistischen  
181 Befreiungskampfes ein. Israel ist für das iranische Regime nichts weiteres als ein  
182 Besatzungsregime und Vorposten des verhassten Westens, insbesondere der  
183 USA. Es überrascht nicht, dass Mahmud Ahmadineschad als iranischer  
184 Staatspräsident die Shoah leugnete. Seit der sogenannten Islamischen  
185 Revolution 1979 weigert sich das Regime, Israel anzuerkennen und steht damit  
186 Frieden und Stabilität im Nahen Osten entgegen.

187 Es ist also klar, dass unter dem historischen Hintergrund das iranische Regime  
188 fundamental auf der Unterwerfung der Menschen unter seine Gewalt basiert.  
189 Das Ende der menschenverachtenden Unterdrückung und der terroristischen  
190 Gewalt im In- und Ausland ist voraussichtlich gleichbedeutend mit einem Ende  
191 der Islamischen Republik Iran, in seiner jetzigen staatlichen Verfasstheit.  
192 Während diese mutigen Menschen im Iran Widerstand gegen einen massiven  
193 Unterdrückungsapparat leisten, dürfen wir Jusos nicht schweigen. Unsere  
194 Solidarität gehört den Demonstrant\*innen im Iran ebenso wie allen Iraner\*innen  
195 im Exil, die zum Teil schon seit Jahrzehnten für einen demokratischen Wandel im  
196 Iran kämpfen.

197 Wir fordern deshalb:

- 198 • das Ende der Gewalt gegen die Demonstrant\*innen im Iran.
- 199 • Umfassende Sanktionen gegen den Unterdrückungsapparat des iranischen  
200 Regimes und diejenigen, die davon profitieren. Die EU-Maßnahmen vom 17.  
201 Oktober, die unter anderem gegen die Gašt-e eršād ("Sittenpolizei") sowie die  
202 Basidsch-Milizen gerichtet sind, sind ein richtiger erster Schritt. Die Liste der  
203 sanktionierten Personen und Organisationen muss jedoch deutlich  
204 ausgeweitet werden. So müssen auch die Revolutionsgarde, die mit ihnen  
205 verbundenen Unternehmen und Vermögenswerte sowie die obersten  
206 Machthaber im Iran in den Fokus der Sanktionen rücken. Denn bei aller  
207 Unterdrückung und Armut im Iran, die Angehörigen der Elite und ihre  
208 Angehörigen genießen nach wie vor Freiheiten, die sie anderen verwehren,  
209 sowie zum Teil enormen Wohlstand.
- 210 • Die Revolutionsgarde auf die EU-Terrorliste zu setzen.
- 211 • das Ende der einseitigen Fokussierung auf die Atom-Verhandlungen.  
212 Iranische Oppositionelle fürchten nicht ohne Grund, dass der EU,  
213 insbesondere Deutschland, ein Erfolg in den Atom-Verhandlungen wichtiger

214 ist als ein entschlossenes Vorgehen gegen das iranische Regime. Für uns ist  
215 klar: Mit einem Regime, das feministische und demokratische Proteste  
216 gewaltsam niederschlägt, kann kein verlässliches Abkommen geschlossen  
217 werden.

218 • ein entschlossenes Vorgehen auch gegen die konventionelle Aufrüstung im  
219 Iran, insbesondere das Mittelstreckenraketenprogramm, das bislang nicht im  
220 Atom- Abkommen enthalten war und eine enorme Bedrohung für Israel  
221 darstellt. Diese konventionelle Rüstung darf nicht länger ausgeklammert  
222 werden.

223 • einen Stopp der Zusammenarbeit aller staatlichen Stellen mit Vereinen und  
224 Institutionen, die dem iranischen Regime nahestehen. Das betrifft unter  
225 anderem das Islamische Zentrum Hamburg.

226 • ein entschlossenes Vorgehen gegen Ableger des iranischen Regimes in  
227 Deutschland wie die Organisator\*innen der antisemitischen Al-Quds-  
228 Märsche, dass das Angebot der Deutschen Welle auf Farsi ausgebaut wird,  
229 um Iraner\*innen den Zugang zu politischen Informationen jenseits der  
230 staatlichen Zensur zu erleichtern.

231 • die Demonstrant\*innen beim Zugang zum Internet zu unterstützen. Dabei  
232 reicht es nicht, wenn Privatpersonen aus dem Ausland versuchen zu helfen.  
233 Der Zugang zum Internet ist ein zentraler Bestandteil der Proteste und muss  
234 deshalb in Deutschland von staatlicher Seite unterstützt werden.

235 • Sichere Fluchtrouten sowie eine erleichterte Einreise in die EU für  
236 Iraner\*innen. Das betrifft Asylverfahren ebenso wie die Vergabe von Visa. Die  
237 Zeiten, in denen vor allem junge Iraner\*innen kein deutsches Visum  
238 bekommen haben, müssen endlich vorbei sein.

239 • erhöhte Schutzmaßnahmen für Exil-Iraner\*innen durch deutsche  
240 Sicherheitsbehörden, sowie die Einrichtung von Anlauf- und Meldestellen für  
241 Betroffene.

- 242 • dass die Haushaltskürzungen im Bereich der ausländischen Kultur- und  
243 Bildungspolitik gestoppt werden. Stattdessen braucht es einen Ausbau der  
244 Mittel, z.B. um iranischen Studierende und Wissenschaftler\*innen Stipendien  
245 in Deutschland zu finanzieren.
- 246 • einen dauerhaften Abschiebestopp in den Iran.
- 247 • dass sich Jusos und SPD den vielerorts stattfindenden Demonstrationen  
248 gegen das iranische Regime anschließen.
- 249 • das Ende der Diskriminierung von FLINTA\*, ethnischen Minderheiten,  
250 Angehörigen der LGBTQIA+ Community und anderer marginalisierter  
251 Gruppen im Iran, die Freilassung aller politischen Gefangenen und wie von  
252 den Protestierenden stets gefordert, die Durchführung eines freien  
253 Referendums über die Zukunft des Irans.

K: Kampf gegen Rechts

## **K-1: Autoritäre Antidemokrat\*innen entschieden bekämpfen - Zum Umgang mit der AfD**

**Adressat\*innen:** Juso-Bezirkskongress, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag

**Antragsteller:** Maximilian Wimmer

1 Mittlerweile ist in beinahe allen Parlamenten und Gremien mit der Alternative für  
2 Deutschland (AfD) eine von extrem rechten Antidemokraten geführte Partei  
3 vertreten. Die bayerischen Landtags-, Bezirkstags- und Bundestagsabgeordneten  
4 müssen sich täglich mit dieser Partei und ihren Vertreter\*innen  
5 auseinandersetzen. Die anstehenden Bezirkstags- und Landtagswahlen werden  
6 diese Auseinandersetzung wieder erneut aufflammen lassen. Die  
7 Kandidierenden vor Ort müssen sich darauf einstellen, im Wahlkampf mit  
8 faschistischen Antidemokraten und ihren Unterstützer\*innen konfrontiert zu  
9 werden und sich auf diese Konfrontation vorbereiten. Genoss\*innen werden  
10 dabei auf Mitglieder der AfD treffen. Beispielhaft kann das  
11 Abstimmungsverhalten der SPD im Niederbayerischen Bezirkstag zu einer  
12 Initiative der AfD, die sich gegen Geschlechtergerechte Sprache richtete, zeigen,  
13 dass es viel Fingerspitzengefühl bedarf, um sich nicht den nachvollziehbaren  
14 Vorwurf gefallen lassen zu müssen, mit der AfD in einem Boot zu sitzen. Aber  
15 auch ungünstige Photographien bei einem AfD-Besuch im Rathaus oder  
16 unglückliche Kommentare während einer Sitzung, nimmt die AfD in ihrer  
17 propagandistischen Hetze dankbar an.

### **18 Selbstinszenierung einer rechtsextremen Partei**

19 Die AfD inszeniert sich als demokratische Partei, die ein vermeintliches  
20 politisches Vakuum rechts der CSU füllt und gezielt den Finger in die Wunde lege

21 bei Themen, vor denen sich andere Parteien scheuen würden. Wer diesen  
22 offenkundigen Versuch, die Menschen hinter Licht zu führen nicht erkennt und  
23 benennt, ist unserer Demokratie keine Hilfe. Denn die AfD ist die Heimat von  
24 Rechtsextremist\*innen und Verschwörungstheoretiker\*innen jeder Couleur, die  
25 kein Interesse am Mitwirken in den Institutionen der Demokratie haben, sondern  
26 diese lediglich als ihre Bühne missbraucht. Im Bayerischen Landtag zeigt die  
27 Partei seit Jahren durch ihre Anträge und Redebeiträge, dass ihr einziges  
28 Interesse darin besteht, zu provozieren, zu spalten und Konflikte anzuheizen, um  
29 daraus selbst politisches Kapital zu schlagen. Sie liefern dabei nie konstruktive  
30 Vorschläge und ihre Beiträge weisen keinerlei inhaltliche Tiefe auf.

31 Die AfD-Landtagsfraktion zeigt unter dem Brennglas die Strukturen dieser Partei:  
32 Rechtsaußen im Parlament sitzt ein faschistisches Sammelbecken aus  
33 Wutbürgern, die nur durch ihre Unzufriedenheit und ihren Hass auf alle  
34 Andersdenkenden geeint sind. An die Spitze dieser Truppe haben sich schon  
35 lange rechtsradikale Hardliner gesetzt, die nichts von der Sacharbeit in einem  
36 Parlament halten und die Schlagrichtung der Fraktion vorgeben, indem sie alle  
37 Initiativen der AfD auf die immer gleichen rechtspopulistischen Themen lenken.  
38 Sie wollen nicht an Sachthemen arbeiten und diskutieren, ihr einziges Ziel ist es,  
39 eine Bühne zu haben, um sich wahlweise als vermeintliche Retter der Nation  
40 oder als missverstandene Opfer von Ausgrenzung zu stilisieren. Dass die AfD  
41 dabei schon lange offen menschenfeindliches und rechtsextremes Gedankengut  
42 vertritt, hält sie nicht von einer konstant anhaltenden weiteren Radikalisierung  
43 ab. Jedes Mitglied der Landtagsfraktion arbeitet an dieser weiteren  
44 Radikalisierung aktiv mit oder toleriert diesen Kurs zumindest.

45 Diese Feststellung gilt aber nicht nur für die Landtagsfraktion, sondern für die  
46 gesamte bayerische AfD und ihre Mitglieder. Dabei handelt es sich bei dem  
47 bayerischen Landesverband ohnehin um eine der am weitesten radikalisierten

48 deutschlandweit. Unter den unzähligen Beispielen zeigen dabei besonders die  
49 2021 bekannt gewordenen AfD-internen Chatverläufen aus Bayern, was die AfD  
50 und ihre Sympathisant\*innen von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten  
51 halten. In den Chatverläufen lassen sich aber dutzende rassistische und  
52 menschenverachtende Ergüsse puren Hasses finden, Landtagsabgeordnete der  
53 AfD fabulieren einen nahenden Bürgerkriegszustand herbei, bei dem sie mit  
54 einem Umsturz die Macht übernehmen können. In allen Gruppen waren  
55 Führungsfiguren der AfD, die danach entweder etwas von Meinungsfreiheit  
56 geredet haben oder von nichts gewusst haben wollten.

57 Während der akuten Lage der Corona-Pandemie wurde wieder einmal deutlich,  
58 wohin sich die AfD bewegt. Sie stellte dabei auch in Bayern eines der zentralen  
59 Scharniere zwischen vermeintlichen Wutbürger\*innen, Verschwörungs-  
60 ideolog\*innen und Rechtsextremist\*innen her, verbunden im wahnhaften  
61 Glauben in einer fürchterlichen Diktatur zu leben. Zahllose AfD-Politiker\*innen  
62 waren regelmäßige Besucher\*innen und Redner\*innen auf den unzähligen  
63 Aufzügen der Pandemie-Leugner\*innen. Gerade auch in Niederbayern fielen  
64 AfD-Abgeordnete, wie Ralf Stadler, durch ihre Hetzreden auf, in denen er explizit  
65 auch gegen Genoss\*innen Hass und Lügen streute. Dabei sind die erst kürzlich  
66 verhinderten Umsturzpläne nur die aktuellste Warnung. Denn in dem Kreis der  
67 Putschist\*innen waren nicht nur Reichsbürger und Verschwörungs-  
68 mytholog\*innen, sondern mal wieder Angehörige der deutschen Sicherheits-  
69 behörden, Polizisten, Soldaten und eine Richterin. Die Richterin selbst war AfD-  
70 Bundestagsabgeordnete. Trotz dieser erdrückenden Faktenlage, die zeigt, wie  
71 tief im autoritären Sumpf des Antidemokratischen sich die AfD bewegt, übt sie  
72 sich immer wieder in Selbstverharmlosung und das teilweise leider auch  
73 erfolgreich.

74 Die Kandidierenden der AfD versuchen sich an die Vertreter\*innen anderer  
75 Parteien anzubiedern und sich als handzahmer „Kollege“ und „normaler  
76 Wettbewerber“ um Mandate und Ämter darzustellen.

77 Diese Taktik ist bereits aus den Parlamenten bekannt und kann nicht darüber  
78 hinwegtäuschen, dass alle AfD-Kandidierenden eine zutiefst völkisch  
79 nationalistische und in mittlerweile erheblichen Teilen faschistische Partei  
80 unterstützen. Die Eskalation wird von ausgewählten Parteimitgliedern betrieben,  
81 während die Vertreter\*innen vor Ort meist probieren sich handzahn zu geben,  
82 um Angriffe und Kritik ins Leere laufen zu lassen. So geben sich auch die  
83 Mandatsträger\*innen der AfD im alltäglichen Umgang und in den Ausschüssen  
84 freundlich und zurückhaltend, um anschließend aufs Schlimmste unsere  
85 Abgeordneten anzugehen, sobald sie im Plenarsaal oder vor den Medien eine  
86 Bühne dafür erhalten. Diese Spielchen dürfen wir nicht mitspielen und müssen  
87 von vornherein klare Kante gegen die Rechtsradikalen zeigen. Die AfD ist keine  
88 Partei wie alle anderen und ist in weiten Teilen nicht Teil des demokratischen  
89 Spektrums. Dies muss die SPD gemeinsam mit den anderen demokratischen  
90 Parteien deutlich machen.

### 91 **Zum Umgang mit der AfD im Wahlkampf**

92 Die SPD-Kandidierenden sind gehalten bei Einladungen zu Veranstaltungen, auf  
93 denen der AfD eine Bühne geboten werden soll, zu erklären, dass man nicht mit  
94 der AfD auf ein Podium gehen wird. Wir bieten ihnen weder Raum für  
95 Provokationen und Propaganda, noch für ihre scheinheilige Inszenierung als  
96 vermeintliche bürgerliche Alternative. Zahlreiche Interviews, Debatten und  
97 Diskussionen der letzten Jahre zeigen, dass selbst hartnäckiges Diskutieren und  
98 Nachfragen letztlich nicht helfen, um sie zu demaskieren. Im Gegenteil suchen  
99 die Vertreter\*innen der AfD die Eskalation, sobald sie Widerspruch erhalten und  
100 ihre Statements hinterfragt werden. Sie stilisieren sich als Opfer, wenn sie auf

101 offener Bühne angegangen und auf ihrer Ideologie festgenagelt werden. Für  
102 Kandidierende ist der Reiz groß, jede Bühne, die ihnen angeboten wird, zu  
103 nutzen. Ebenso groß ist der Reiz, die AfD in der direkten Konfrontation zu  
104 entzaubern. Dabei hat sich die AfD in den letzten Jahren bereits selbst  
105 entzaubert und regelmäßig offenbart, dass sie eine völkisch nationalistische  
106 Partei ist. Ihr eine Bühne zu bieten nutzt nur der AfD selbst. Es ist deshalb  
107 ratsam, im Vorfeld mit den Vertreter\*innen der anderen demokratischen  
108 Parteien Kontakt aufzunehmen und sie aufzufordern, es gleichzutun. In Passau  
109 laufen deshalb schon seit Oktober letzten Jahres Gespräche zwischen  
110 Gewerkschaften und demokratischen politischen Parteien, sowie politischen  
111 Jugendverbänden. Leider bisher ohne Beteiligung durch SPD-Kandidierende. Das  
112 Ziel ist es dabei aber nicht, die Bühne aufzugeben, sondern die Isolierung der  
113 AfD und ihr Fernbleiben von ebendieser Bühne. Das eigene Fernbleiben ist als  
114 letzte Konsequenz aber dringend geboten! Dabei ist klar, dass wir nicht den  
115 Konflikt und die inhaltliche Auseinandersetzung mit der AfD und ihren  
116 Vertreter\*innen scheuen. Im Wahlkampf wird es in den sozialen Medien und in  
117 den Fußgängerzonen unvermeidbar zur Konfrontation kommen. Auch wenn wir  
118 bei diesen Diskussionen nie davon ausgehen können, unser Gegenüber von  
119 unseren Argumenten zu überzeugen, sollen alle Außenstehenden schnell  
120 erkennen, wer die besseren Argumente hat.

### 121 **Zum Umgang mit der AfD in Parlamenten**

122 Es wird voraussichtlich auch weiterhin so sein, dass wir nach den Wahlen  
123 vielerorts Vertreter\*innen der AfD in Parlamenten und Gremien begegnen. Die  
124 Auseinandersetzung mit Rechtsradikalen weitet sich über den Wahlkampf hinaus  
125 von unseren Abgeordneten auf die gesamte Basis aus. Alle sind gefordert, mit  
126 dieser Aufgabe entsprechend verantwortungsvoll umzugehen. Wir müssen  
127 verhindern, dass demokratische Prozesse von Demokratiefeinden ausgenutzt

128 werden, um an die Macht zu kommen. Die Wahl in ein kommunales Parlament  
129 legitimiert sie nicht als politische Akteure, denen wir begegnen wie allen  
130 anderen, denn Sie sind keine Demokrat\*innen, so sehr sie es auch betonen.  
131 Unsere Glaubwürdigkeit als Speerspitze im Kampf gegen Rechts bewahren wir  
132 uns nur, wenn wir in der Fläche an unseren antifaschistischen Prinzipien  
133 festhalten. Wir machen keine gemeinsame Sache mit der AfD und werden uns in  
134 keiner Weise dazu reizen lassen, mit ihr zu paktieren.

135 Deshalb rufen wir alle Mitglieder und speziell unsere Kandidierenden auf:

- 136 • Sich in antifaschistischen Bündnissen während und nach der Wahl  
137 einzubringen;
- 138 • Der AfD keine Bühne zu bieten, indem man mit ihr auf  
139 Podiumsdiskussionen diskutiert, gemeinsame Fotos macht oder  
140 Pressternine mit ihnen wahrnimmt;
- 141 • Der AfD in allen Gremien entschieden entgegenzutreten;
- 142 • Keinen Anträgen oder Kandidaturen der AfD zuzustimmen;
- 143 • Die AfD deutlich als autoritäre, antidemokratische Partei zu benennen.